

RUNDBRIEF Nr. 112

März 2002

INHALT

Titel	Seite
Einleitung	3
<u>Einladung zur Mitgliederversammlung</u>	4
<u>40. APIO-Sitzung in Berlin</u>	5
Aus den Arbeitskreisen:	
<u>AK Genf - Mittagessen mit Generalkonsul u. BFIO-Leiter</u>	7
<u>Generalversammlung des französischen Schwesterverbandes AFIF</u>	8
<u>Möglichkeit des Widerspruchs gegen „Sozialsteuern“ in Frankreich</u>	9
<u>Abendessen mit Botschafter Lewalter</u>	10
Aus der Presse:	
Kastrup folgt Steiner als aussenpolitischer Berater Schröders	11
Geförderte Auslandspraktika	12
<u>Deutsche Delle</u>	12
<u>Teilnahmebestätigung/Vollmacht Mitgliederversammlung</u>	15

Mitgliedsbeiträge

Sfr. 85.-; Euro/US\$ 55.- (für P3 und höher, CERN: ab Grad 10)

Sfr. 55.-; Euro/US\$ 35.- (für Gen. Serv. und P1/P2; CERN: bis Grad 9)

Sfr. 48.-; Euro/US\$ 30.- (VN-Pensionäre und ehemalige Bedienstete)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach dem Jubiläum des Verbandes im letzten Jahr, das ganz im Zeichen eines “personalpolitischen” Aufbruchs in der deutschen VN-Politik stand, sollte der VDBIO dabei helfen, daß dieser neue Schwung erhalten bleibt. Diese Entwicklung, insbesondere der Aufbau eines deutschen Netzwerkes, wird auch auf unserer

26. Ordentlichen Mitgliederversammlung

am Montag , den 13. Mai 2002 um 17 Uhr 30 in Genf

zur Sprache kommen, zu der wir Sie hiermit herzlich einladen.

Die Sitzung findet wie gewohnt im

Internationalen Arbeitsamt (BIT/ILO)

route des Morillons 4, im Saal V, R. 3, statt.

Der in diesem Rundbrief abgedruckte Artikel aus dem “Spiegel” faßt die von der Bundesregierung bereits unternommenen Anstrengungen zum Aufbau eines solchen deutschen

Netzwerks mit dem Ziel einer erfolgreicherer Personalpolitik zusammen. Der VDBIO möchte seinerseits einen Beitrag zu dieser Initiative leisten, indem er seine Kontaktleute in den einzelnen Organisationen und an den jeweiligen Dienstorten aktiviert.

Im Arbeitskreis Genf ist dies bereits geschehen, so daß der Vorstand des VDBIO dem Leiter der Ständigen Vertretung in Genf in Kürze eine Liste mit diesen Ansprechpartnern vorlegen wird. Ich werde mich mit den Arbeitskreissprechern in Verbindung setzen, um diese Initiative auf andere Dienstorte auszuweiten. Der in diesem Rundbrief abgedruckte Bericht des Arbeitskreises Genf enthält einen konkreten Maßnahmenkatalog, um die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Stellen vor Ort und den Kontaktleuten des VDBIO zu intensivieren, der an anderen Dienstorten in dieser oder ähnlicher Form übernommen werden könnte.

Im Hinblick auf die Mitgliederversammlung möchte ich noch einmal alle in Genf ansässigen Mitglieder, die an einer Mitarbeit im Gesamtvorstand interessiert sind, einladen, sich als Kandidat bzw. Kandidatin für den Vorstand zur Wahl zu stellen. (Die Arbeitskreise an den verschiedenen Dienstorten werden ja laut Satzung von den AK-Sprechern im Gesamtvorstand vertreten.) Natürlich können Sie auch jederzeit Ihr Fachwissen (Renten, Steuern, Sozialversicherung, etc.) dem Vorstand als Technischer Beisitzer zur Verfügung stellen.

In der Hoffnung auf eine rege Beteiligung an der 26. Mitgliederversammlung und eine interessante Diskussion zum Thema "Netzwerk" verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Ihr

EINLADUNG

Hiermit möchte der Vorstand Sie herzlich einladen zur

26. Ordentlichen Mitgliederversammlung.

Die Sitzung findet statt am **Montag, den 13. Mai 2002, um 17.30 Uhr**, im Internationalen Arbeitsamt (Bureau International du Travail), Route des Morillons 4, **Saal V, R.3**, in Genf.

Wir würden uns über Ihre Teilnahme sehr freuen. Ein zahlreiches Erscheinen bekundet Ihr Interesse an der Arbeit des Verbandes und gibt Ihnen auch die Möglichkeit, die Verbandstätigkeit zu beeinflussen. Darüber hinaus zeigt Ihre Teilnahme unseren Gästen von der Ständigen Vertretung und dem Auswärtigen Amt, welchen Rückhalt der Vorstand bei den Mitgliedern hat. Nachstehend finden Sie die vorläufige Tagesordnung und als Anlage 2 eine Teilnahmebestätigung bzw. Vollmacht. Wir bitten Sie, uns den entsprechenden Teil ausgefüllt zurückzusenden.

Vorläufige Tagesordnung

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Wahl des Versammlungsleiters
3. Annahme der Tagesordnung
4. Grußadresse des Botschafters
5. Die Arbeit des VDBIO:
 - a) Jahresbericht des Vorstands
 - b) Aussprache über den Bericht und das weitere Aktionsprogramm
6. Haushalt:
 - a) Bilanz 2001 und Bericht der Rechnungsprüfer
 - b) Entlastung des Vorstands
 - c) Haushaltsplan 2002
7. Neuwahl des Vorstands
8. Benennung der Rechnungsprüfer
9. Verschiedenes

Wichtig: Nach Artikel 7 der VDBIO-Satzung haben verhinderte Mitglieder die Möglichkeit, ihr Stimmrecht durch schriftliche Bevollmächtigung eines bei der Mitgliederversammlung anwesenden Mitgliedes auszuüben. **Machen Sie bitte in jedem Fall von Ihrem Stimmrecht Gebrauch!**

40. Sitzung des APIO (Ausschuss für die deutsche personelle Beteiligung an Internationalen Organisationen)

Bericht über die Teilnahme des VDBIO an der 40. Sitzung des APIO am 13. Dezember 2001 im Auswärtigen Amt in Berlin:

Die Sitzung wurde von Herrn Steffen Rudolph, dem Leiter der Zentralabteilung des AA eröffnet, der allen Teilnehmern für ihr zahlreiches Erscheinen dankte. Die letzte Sitzung des APIO fand vor 2 Jahren statt. Anwesend waren, neben hochrangigen Vertretern aller Bundesministerien, der Bundesrechnungshof, DAAD, BFIO, BDI und Mitglieder der Vertretungen bei der EU und der NATO.

Botschafter Hoffmann erwähnte, dass man sich vor dem Hintergrund der anhaltenden Kritik in den Medien und im Parlament vor einem Jahr dazu entschlossen habe, die personalpolitischen Aktivitäten in den internationalen Organisationen im AA zu konzentrieren.

Botschafter Hoffmann und seine Mitarbeiter erwähnten, dass einige nützliche Verbesserungen für deutsche Bedienstete in Vorbereitung seien:

1. Das AA plane, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesfinanzministers, ab 2003 aus seinen eigenen Haushaltsmitteln die Kosten für die private Krankenversicherung für rückkehrende arbeitslose ehemalige internationale Bedienstete zu übernehmen. Dies sei besonders dringlich, da arbeitslose internationale Bedienstete keine Möglichkeit haben, in die gesetzliche Krankenversicherung zu kommen.

2. Um die finanzielle Attraktivität einer Beschäftigung bei internationalen Organisationen zu verbessern, strebt das AA an, die einmalige Ausgleichszahlung nach Beendigung der Beschäftigung zu erhöhen. Das AA steht in Verhandlungen mit dem Bundesfinanzministerium, um zu einer Einigung über die Höhe dieser Einmalzahlungen zu kommen. Der VDBIO schlug vor, diese Zahlungen um mindestens 25% zu erhöhen, weil sie seit ihrer Einführung 1994 nicht mehr angepasst wurden. Verschiedene, seit 1997

unternommene Versuche in dieser Richtung waren erfolglos geblieben. Die Vertreter des BMF und des Bundesrechnungshofes enthielten sich der Zustimmung.

3. Der Vertreter des Bundesarbeitsministeriums sagte, dass z. Zt. eine Leitungsvorlage im Ministerium erarbeitet werde, mit dem Ziel, ein Pensions- und Rentenübertragungsabkommen mit dem VN-Pensionsfonds abzuschließen. Dieses Vorhaben werde vom AA, dem Bundesinnenministerium und dem Bundesjustizministerium unterstützt.

4. Die Arbeiten an der Erstellung eines Stellenpools seien abgeschlossen. Über die *Homepage* des AA könne sich nun jeder über alle offenen Stellen bei internationalen Organisationen informieren. Seit Oktober habe man monatlich 10.000 Besuche der entsprechenden Webseite verzeichnet. Hinsichtlich des Aufbaus eines Bewerberpools sei man seit einigen Wochen in Gesprächen mit einer Softwarefirma. Interessierte Bewerber sollen im nächsten Jahr (Mai/Juni 2002) die Möglichkeit erhalten, sich über die *Homepage* des AA in den Bewerberpool einzuschreiben und zwar mittels einer Eingabemaske. Die kontinuierliche Pflege der eingegebenen Daten werde dem jeweiligen Interessenten obliegen (z. B. „Updates“ über zusätzliche Berufsabschlüsse, Sprachkenntnisse, Kurse etc.). Auf diesen Pool würde bei der Suche nach geeigneten Kandidaten zugegriffen. Die deutsche Repräsentanz im Mittelbau der internationalen Organisationen sei inzwischen das Hauptproblem. Die Vorbereitung der potentiellen Bewerber für die Auswahlwettbewerbe sei unter Kontrolle.

Der VDBIO wies alle Beteiligten darauf hin, dass alle hier diskutierten Maßnahmen im wesentlichen eine Zielgruppe haben, nämlich die Bediensteten des öffentlichen Dienstes, die

z. Zt. nur gut 10 % der Gesamtzahl aller deutschen Bediensteten bei den internationalen Organisationen stellen. Der VDBIO machte deshalb den Vorschlag, dass sich das AA in Zukunft besonders um die sogenannten frei angeworbenen, bzw. direkt angestellten Bediensteten kümmern solle, weil sich die einzelnen Ressorts für diese wichtige Gruppe nicht ausreichend interessierten. Diese Personengruppe sei von besonderer Bedeutung für die deutsche Repräsentanz in den internationalen Organisationen, da sich die Mehrheit ihrer Mitglieder bereits seit Jahren im VN-Dienst befinde und somit mit den Gepflogenheiten und Anforderungen bestens vertraut sei. Zu diesem Vorschlag gab es keine Kommentare der anwesenden Ressorts, und Herr Rudolph und Botschafter Hoffmann unterstrichen, dass sich das AA für diese Gruppe bereits besonders einsetze, wie sich z.B. aus der vom AA geplanten Übernahme der Beiträge zur Finanzierung der privaten Krankenversicherung ergebe, die nur für diesen Personenkreis gedacht sei. Darüber hinaus bestehe in Zukunft die Möglichkeit für alle interessierten deutschen Mitarbeiter, sich im nächsten Jahr in den neuen Bewerberpool einzuschreiben.

Ein Hauptthema war die Frage der Konvertierung von Beurteilungen zwischen- und überstaatlicher Organisationen in das Beurteilungswesen der Bundesministerien. Diese Problematik ergibt sich vor allem im Nato- und EU-Bereich, wo es entsprechend dem Spiralmodell zu befristeten Entsendungen kommt und die zurückkehrenden Beamten nicht benachteiligt werden sollen. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit sagte, dass die Erwartung eines höherwertigen Einsatzes bei Rückkehr nicht praktikabel sei. Das Bundeswirtschaftsministerium meinte, dass Beurteilungen nicht

konvertiert werden könnten. Diese Problematik erschien für die VDBIO-Mitglieder von geringem Interesse.

Der Ausschuss beschloss, sich in „**Ausschuss für das deutsche Personal bei der Europäischen Union und internationalen Organisationen** (APEIO)“ umzubenennen.

Im Anschluss an die Sitzung wurde noch ein Gespräch mit Dr. Joachim Vollmuth, Ministerialrat, Leiter des Referats EU und internationale dienstrechtliche Angelegenheiten im Bundesministerium des Innern, geführt und Übereinstimmung darin erzielt, dass der Kontakt zwischen dem VDBIO und Herrn Vollmuth intensiviert werden sollte. Herr Vollmuth wird im Frühjahr nach Genf kommen und will sich mit Vertretern des VDBIO treffen.

Busso Bartels, Genf/Martin Vogt, Berlin

Aus den Arbeitskreisen

Arbeitskreis Genf

Mittagessen mit Generalkonsul und BFIO-Leiter

Herr von Rohland und Frau Valenta trafen sich mit Herrn Generalkonsul Dobbstein und dem Leiter des BFIO, Herrn Königfeld, am 29.1. in Genf zu einem Mittagessen, bei dem allgemeine Personalfragen und die Einstiegs- und Karrierechancen junger Deutscher bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen besprochen wurden. Dabei wurde auch die Frage erörtert, wie die Übernahmekquote der Beigeordneten Sachverständigen (BS) weiter verbessert werden kann, insbesondere auch mit Blick auf die qualitative Komponente (Dauer des Anschlußvertrags, Arbeitsplatzsicherheit).

Frau Valenta nahm darüber hinaus an einem weiteren Arbeitsessen am 30.1. in der Ständigen Vertretung mit den in Genf ansässigen BS teil. Bei diesem Mittagessen waren auch der Botschafter, der Gesandte, der Generalkonsul, weitere Mitarbeiter der Ständigen Vertretung

sowie Herr Königsfeld vom BFIO anwesend. Ziel des Treffens war eine Evaluierung in Bezug auf die Frage, bei welchen Organisationen weiterhin BS unter Vertrag genommen werden sollen. Die Teilnehmer berichteten kurz über ihre jeweiligen Erfahrungen, stellten die Fragen nach Sinn und Zweck des BS-Programms, den Übernahmechancen und der Art der Tätigkeiten der BS. Das Thema "Transfer" zu anderen Organisationen oder in andere Abteilungen der jeweiligen Organisation innerhalb der zwei Jahre - z.B. um die Übernahmechancen zu erhöhen – wurde kurz angesprochen.

Herr von Rohland nahm am 31.1. an einem weiteren Mittagessen teil, an dem neben dem BFIO-Leiter und dem Generalkonsul auch der Sozialreferent in der Ständigen Vertretung, Valentin Klotz, teilnahm. Eingeladen waren die Mitarbeiter der ILO, mit dem Ziel, das "personalpolitische Feld" in dieser Sonderorganisation zu beackern. Obwohl die Deutschen in dieser Organisation relativ gut vertreten sind (Untergrenze des "desirable range"), gibt es auch hier, gerade in qualitativer Hinsicht (deutsches Personal in strategischen Positionen), Verbesserungsmöglichkeiten. Es wurde beschlossen, am letzten Donnerstag des Monats ein regelmäßiges Mittagessen aller Deutschen in der ILO zu veranstalten, zu dem auch Mitarbeiter der Ständigen Vertretung stoßen. Der VDBIO hofft, daß dieses Beispiel auch in anderen Organisationen Schule macht.

Schon vor diesen Treffen hatte sich die Arbeitsgruppe „Verbesserungen der Dienstbedingungen und BS“, bestehend aus Herrn Bartels und Frau Valenta, mit der Zielsetzung des BS-Programms auseinandergesetzt. Die Arbeitsgruppe hält eine strategisch günstigere Platzierung der BS teilweise für wünschenswert. Es wurde angeregt, unabhängig von dem Entwicklungshilfeaspekt in Zukunft vor allem gezielt Stellen mit guten Übernahmechancen zu finanzieren und die Tätigkeitsberichte der BS in Zukunft stärker in Hinblick auf diesen Aspekt auszuwerten.

Nicole Valenta

Generalversammlung des Verbandes der französischen internationalen Beamten in Genf (AFIF)

Auf Einladung unseres französischen Schwesterverbandes AFIF, der im Gegensatz zum VDBIO nur die Genfer Organisationen vertritt, nahm ich an dessen Generalversammlung am 4. Dezember 2001 in der ILO in Genf teil. Ich möchte in meinem Bericht über die Veranstaltung nur auf die Punkte eingehen, die auch für den VDBIO und unsere Gesprächspartner in Deutschland interessant sind.

Nach der Eröffnung der Sitzung durch die Präsidentin, der Vorstellung des Finanzberichts und der Ansprache des neuen französischen Botschafters bei den Vereinten Nationen, Bernard Kessedjian, der sich engagiert für die Verteidigung der französischen Sprache und der Interessen seines Landes gegenüber den Organisationen einsetzte, wobei deutlich die Verknüpfung der beiden Elemente hervortrat, ergriff der ebenfalls neu bestellte "Directeur de la Mission des Fonctionnaires Internationaux" (MFI) im französischen Außenministerium, Marc-Olivier Gendry, das Wort.

Er erläuterte zunächst den Aufbau seiner Dienststelle: Beim MFI handelt es sich um ein interministerielles Gremium, dem Vertreter der Fachministerien angehören und das insgesamt 15 Personen beschäftigt. Wichtig ist hier die Bemerkung, daß das Außenministerium in diesem Gremium federführend ist. Diese Dienststelle hat im wesentlichen vier Funktionen:

1. Information über Stellenausschreibungen und Förderung von Bewerbungen. Die Information erfolgt über eine Webseite (www.diplomatie.gouv.fr), die wöchentlich aktualisiert wird. Über die Unterstützung von Bewerbern werde von Fall zu Fall entschieden.
2. Information der Regierung über die Repräsentanz Frankreichs in den Organisationen (jährlicher Bericht).
3. Entsendung französischer Beamter in die Organisationen.
4. Dialog mit den französischen internationalen Bediensteten.

Was die Präsenz Frankreichs in den internationalen Organisationen angeht, stellte Herr Gendry einen leichten Rückgang fest. Von den 128 000 Mitarbeitern der erfaßten internationalen Organisationen seien 14 200 Franzosen (11,08%), ein Jahr zuvor seien es noch 11,68% gewesen. Bei den Vereinten Nationen liege dieser Anteil bei 7,2 %, bei der EU natürlich entsprechend höher. Frankreich nehme damit aber immer noch den 3. Platz nach den Vereinigten Staaten und Großbritannien ein (bei den Beiträgen dagegen nur den 4. Platz).

Allerdings gebe es auch Schwachstellen der französischen Präsenz, die weitgehend mit den geographischen Räumen identisch sind, in denen die Frankophonie keine Bedeutung hat: bei den Dienstorten verwies er auf New York (3,12%) und Wien (3,94%), bei den Organisationen auf IMF und Weltbank, UNICEF und die internationale Atomenergiebehörde.

Frankreich habe inzwischen ein starkes Programm für Beigeordnete Sachverständige (gegenwärtig 83 Personen für 2-3 Jahre gefördert) und trage zwei Drittel der Finanzmittel zur Förderung eines neuen Programms für junge französischsprachige Experten aus aller Welt bei (40 Personen vorgesehen, 25 bereits im Einsatz).

Leider erlaubte es die folgende ausführliche Diskussion über die Verteidigung der französischen Sprache, die sehr emotional verlief, nur kurz auf "soziale Fragen" einzugehen. Hier sind anscheinend bei der Frage der Besteuerung der Pensionen von internationalen Bediensteten mit Wohnsitz in Frankreich und der Arbeitslosenversicherung keine Fortschritte erzielt worden. Nachdem der Versuch einer privaten Arbeitslosenversicherung von französischer Seite nach drei Jahren gescheitert ist, wird es sich wohl als sehr schwierig erweisen, hier einen neuen Anlauf (Eingliederung in die nationale französische Arbeitslosenversicherung, wobei AFIF als juristische Person und eine Art Arbeitgeber auftreten würde) zu wagen. Der Vertreter des Ministeriums sah die Erfolgsaussichten einer solchen Demarche als sehr gering an.

Es ist vorgesehen, daß sich der VDBIO-Vorstand mit der Präsidentin von AFIF zusammensetzt, um Erfahrungen auszutauschen und Möglichkeiten einer Kooperation der Verbände auszuloten. Ein weiteres Follow-up sollte mit deutschen Stellen zu u.a. folgenden Themen erfolgen: Forderung einer den Beiträgen angemessenen deutschen Vertretung, Erweiterung des BS-Programms (einschließlich der Frage der Förderung nicht deutscher Experten), Attraktivität des Standortes Deutschland für internationale Organisationen (z.B. durch eine Steuerbefreiung für VN-Pensionen).

Hans von Rohland

Möglichkeit des Widerspruchs gegen „Sozialsteuern“ in Frankreich

Dass eine engere Zusammenarbeit mit den Schwesterverbänden anderer Nationen sinnvoll ist, zeigt der beiliegende Musterbrief, der für unsere in Frankreich lebenden Kollegen - insbesondere die Rentner - interessant sein dürfte. Es geht um die Erhebung der französischen „Sozialsteuern“ (CSG, CRDS ...), die nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 15. Februar 2000 nicht gerechtfertigt ist, wenn der Betreffende in Frankreich nicht sozialversichert ist. Wenn Sie gegen eine entsprechende Besteuerung Widerspruch einlegen möchten, empfehlen wir Ihnen, das von unseren französischen Kollegen verfasste anliegende Musterschreiben zu benutzen.

Lettre recommandée avec accusé de réception

Centre des Impôts de

Le (date)

Objet: Avis d'imposition, Contributions et prélèvements sociaux sur les revenus 2001

Réclamation

Monsieur le Chef de Centre,

Aux termes de l'avis d'imposition que je viens de recevoir, dont vous trouverez ci-joint copie,

- certains de mes revenus imposables (spécifier: retraite, revenus des capitaux, revenus fonciers) ont été assujettis et imposés au titre de (spécifier: la CSG, de la CRDS et du Prélèvement social)

- l'ensemble de mes revenus imposables a été assujetti et imposé au titre de (spécifier: la CSG, de la CRDS et du Prélèvement social).

Or il semblerait, à la lumière de la décision que la Cour de Justice des Communautés européennes a rendue le 15 février 200 dans l'affaire 34/98, que de tels contributions et prélèvements sociaux ne devraient pas être appliquées aux revenus des personnes qui ne sont pas soumises à la législation française en matière de sécurité sociale. A la suite de cet arrêt, le Gouvernement français a modifié l'article L136-1 du Code de la Sécurité sociale en vertu duquel les personnes fiscalement domiciliées en France ne sont assujetties aux contributions sociales que si elles sont à la charge d'un régime obligatoire français d'assurance maladie.

En tant qu'ancien(ne) fonctionnaire d'une organisation internationale sise à Genève, je n'ai jamais été affilié(e) au régime français de sécurité sociale, mais de manière obligatoire à celui de mon organisation employeur, qui comprend un régime d'assurance maladie auquel je continue de cotiser depuis mon départ à la retraite en Je ne suis de ce fait pas à charge d'un quelconque régime social français pas plus qu'en droit de prétendre au bénéfice de prestations sociales en France.

(Telle semble d'ailleurs être la raison pour laquelle bon nombre de personnes dans une situation similaire à la mienne n'ont jamais été assujetties aux contributions et prélèvements sociaux au titre de leur pension de retraite ou de leurs autres revenus.)

Compte tenu de ce qui précède, j'ai l'honneur de demander la décharge des contributions sociales en cause pour un montant de (spécifier) Euro.

Veillez agréer, Monsieur le Chef du Centre, l'assurance de ma considération distinguée.

(Signé)

Abendessen mit Botschafter Lewalter

Am 7. Februar 2002 hatte Botschafter Lewalter sechs Mitglieder des VDBIO-Vorstands zu einem Abendessen in seine Residenz eingeladen. Daran nahmen auch der für deutsche Personalfragen zuständige Generalkonsul, der Gesandte und eine weitere Mitarbeiterin der Ständigen Vertretung teil. Bei diesem Arbeitsessen wurde eine Reihe der auf der Jubiläumsveranstaltung im letzten Jahr vom VDBIO im Rahmen eines Maßnahmenkatalogs vorgetragenen Vorschläge konkretisiert.

Die untenstehenden Vorschläge, insbesondere die Punkte 1-3, lassen sich natürlich auch auf andere Dienstorte übertragen und wir bitten die Sprecher der Arbeitskreise, Kontakt mit den deutschen Vertretungen aufzunehmen, um ähnliche Initiativen zu starten. Der Vorstand des VDBIO nützt diese Gelegenheit auch, sich bei Herrn Botschafter Lewalter für diese Einladung zu bedanken. Das offene und konstruktive Gespräch zeigte, daß das deutsche Personal in den Organisationen und das Auswärtige Amt aufeinander angewiesen sind, wenn im Rahmen eines entsprechenden Netzwerkes deutsche personalpolitische Vorstellungen in Zukunft nachhaltiger vertreten werden sollen.

Vorschläge zur Verbesserung der deutschen Präsenz in den VN-Organisationen:

Ausbau des Netzwerkes von Kontaktpersonen des VDBIO in den Genfer Organisationen

1) Enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachreferenten der Vertretung, dem für Personalfragen zuständigen Generalkonsul und den Kontaktpersonen in den einzelnen Organisationen (setzt Ausbau der Netzwerke in den einzelnen Organisationen voraus).

- Zwei regelmäßige Treffen pro Jahr, um organisatorische Fragen und Personalstrategien zu erörtern.
- Mindestens eine Zusammenkunft pro Jahr mit dem deutschen Personal der jeweiligen Fachorganisation, dem Fachreferenten in der Vertretung und dem Generalkonsul. Weitere Treffen nach Bedarf.
- Einwirken auf die Personalchefs und die Generaldirektoren der Organisationen, daß die "deutsche Quote" voll ausgeschöpft wird und bei Ausschreibungen Deutsche als Bewerber zugelassen sind.
- Wechselseitiger Informationsaustausch zwischen VDBIO, Fachreferent und Generalkonsul u.a. deutschen Vertretern über interne und externe Bewerbungen.

2) Information an das Sekretariat des VDBIO über anstehende Besuche aus Regierung, Ministerien und Parlament: Gesprächsmöglichkeiten mit dem VDBIO und dem deutschen Personal einplanen und anbieten.

Feed-back über diese Besuche an VDBIO, soweit die Informationen nicht vertraulich sind.

3) Vertretung als "facilitator" für informelle Kontakte zwischen deutschen Bediensteten und der Führungsebene der Organisationen.

4) Quantitative und qualitative Analyse des BS Programmes in Hinblick auf die Übernahme.

« Zuteilung » an Organisationen/Abteilungen, in denen optimale Übernahmechancen bestehen.

5) Verknüpfung von Netzwerken (AA, Robert-Bosch-Stiftung, Tönissteiner Kreis...) - jährliche Zusammenkunft von deutschen Vertretern aus den Organisationen mit den VN-Botschaftern, der Koordinationsstelle im AA etc. in Berlin

6) Wissenschaftliche Auswertung der personalpolitischen Erfahrungen: Analyse der Stärken und Schwächen der deutschen Personalpolitik; vergleichende Studien, die andere Länder einbeziehen.

Hans von Rohland

Aus der Presse:

Pragmatisch und formvollendet: Kastrup folgt Steiner als aussenpolitischer Berater Schröders

Am Hang wechselt man die Pferde nur in höchster Not, und am Hang steht das deutsche Regierungsfuhrwerk zweifellos, mitten in der internationalen Terrorismus-Krise und kurz vor der in Deutschland geplanten Afghanistan-Konferenz. Doch die Not war offenbar gross, als Bundeskanzler Schröder die ungünstigen Schlagzeilen über seinen aussenpolitischen Berater Steiner zu lesen bekam, so dass er sich von ihm trennte. Der Nachfolger, soviel war klar, musste ein Vollprofi sein. Zugleich musste es ein Kontrast zu dem zwar versierten, aber oft recht hemdsärmeligen Steiner sein, ein Mann der diplomatischen Töne, der aber zäh zu verhandeln versteht.

Diese Anforderung erfüllt Dieter Kastrup, der seit einiger Zeit als „erster Mann“ die deutsche UN-Vertretung in New York leitet. So richtig warm schien er mit der Organisation am East River aber nie geworden zu sein. Ein bisschen spröde wirkte der stets höfliche und hoch gewachsene Kastrup im bunten multilateralen Geschehen. Die Forderung nach einem deutschen Sitz im Sicherheitsrat mochte er nicht recht vorantreiben - aus Pragmatismus, aber auch weil ihm das tiefere Gespür für die UN zuweilen abzugehen schien. Trotzdem bewegte sich Kastrup immer formvollendet und zuvorkommend in New York.

Erfolgreicher war Kastrup als Vorsitzender der Stiftung zur Zwangsarbeiterentschädigung. In dieser delikaten Angelegenheit musste er sein ganzes diplomatisches Geschick aufwenden. Die gelungene Abwicklung hatte sicher Einfluss auf Bundeskanzler Schröders schnelle Wahl. Überdies dürfte seine Parteizugehörigkeit, Kastrup ist ein SPD-Mann, und das Ende seiner Laufbahn im Auswärtigen Amt im kommenden Jahr eine Rolle spielen. Auf diese Weise hat Schröder eine bequeme Zwischenlösung gefunden, die er behalten oder nach der Wahl ersetzen kann.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Geförderte Auslandspraktika

Praktika in Internationalen Organisationen fördert das neue Carlo-Schmidt-Programm, eine gemeinsame Initiative des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Robert Bosch Stiftung. Das Auswärtige Amt unterstützt das Programm und bindet bei der Durchführung seine Auslandsvertretungen mit ein. Es richtet sich an fortgeschrittene deutsche Studierende und Graduierte der Studienfächer Jura, Wirtschafts-, Sozial-, Politik- und Verwaltungswissenschaften. Sehr gute englische Sprachkenntnisse und gute Kenntnisse in Französisch oder einer anderen Fremdsprache sowie die Auseinandersetzung mit Themen der internationalen Politik während des Studiums sind Voraussetzungen für eine Bewerbung. Die Dauer der Praktika liegt zwischen drei und zwölf Monaten. Die monatliche Förderrate beträgt zwischen 1500 DM und 2500 DM. Praktikumsangebote gibt es beispielsweise von der *International Labour Organization* oder der *European Bank for Reconstruction and Development*. Das Höchstalter ist 28 Jahre. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 15. Juni. Informationen unter Telefon +49.228.88 25 98 oder +49.228.820.9655 sowie www.daad.de und www.studienstiftung.de

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Deutsche Delle - Um ihren Einfluss zu mehren, will die Bundesregierung mehr Landsleute in internationalen Organisationen unterbringen. Noch ist das deutsche Netzwerk dünn.

Der Arbeitsplatz liegt in Manhattan, Kollegen aus aller Welt verbreiten internationales Flair, und Dienstreisen in exotische Länder gehören zum Alltag. Sabine Warschburger, 30, hat ihren Traumberuf gefunden und sieht sogar einen „konkreten Sinn“ in ihrer Aufgabe.

Seit Mai 2000 arbeitet die promovierte Volkswirtin in der Statistik-Abteilung der Vereinten Nationen - der Weltagentur für Frieden, Freiheit und Entwicklung. „Unheimlich flexible und mobile Leute“ würden dort gebraucht, sagt Warschburger. Eine Rückkehr nach Deutschland kann sie sich kaum vorstellen: „Dieses Arbeiten in einem internationalen Umfeld macht ein bisschen süchtig.“

Von Leuten wie Sabine Warschburger hätte der Kanzler gern mehr. Die Bundesregierung, die nach dem Willen Gerhard Schröders seit dem 11. September eine bedeutendere Rolle in der Welt anstrebt, möchte auch personell grösseren Einfluss nehmen. Möglichst viele junge Deutsche sollen in internationalen Organisationen wie UNO, Eu oder Weltbank einen Job ergattern, die Karriereleiter erklimmen - und immer daran denken, woher sie kommen.

Andere wichtige Staaten wie Frankreich oder Grossbritannien verfolgen ihre Interessen schon lange mit Hilfe geschickter Kaderpolitik. Gezielt rekrutieren Briten und Franzosen ihre Leute und bringen sie auf strategischen Posten unter.

Wirtschaftsvertreter sehen den deutschen Rückstand mit Sorge. Die Experten im „Tönissteiner Kreis“, einem Verband international orientierter Führungskräfte mit Sitz im Berliner „Haus der deutschen Wirtschaft“, kommen zu dem Ergebnis, die Bundesbürger seien international „nicht adäquat repräsentiert“.

So stellen die Deutschen in der Zentrale der Vereinten Nationen nur 5,1 Prozent des Spitzenpersonals, obwohl sie 9,5 Prozent des Uno-Etats zahlen. In der EU-Kommission haben von den rund 5600 höheren Beamten lediglich 12 Prozent einen deutschen Pass, aber gut 15 Prozent einen französischen. Dabei zählt Deutschland 23 Millionen Einwohner mehr als Frankreich.

In zahlreichen internationalen Behörden naht zudem die „deutsche Delle“, warnen Experten wie Matei Hoffmann, Koordinator für internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt. Viele der rund 450 deutschen höheren UNO-Bürokraten zogen kurz nach dem Beitritt der Bundesrepublik 1973 nach Manhattan -und erreichen demnächst die Pensionsgrenze. Auch bei der EU-Kommission verabschiedet sich bis 2010 fast ein Viertel der rund 680 deutschen Spitzenbeamten in den Ruhestand.

Jetzt ist die Zeit der Bonner Republik mit ihrer aussenpolitischen Zurückhaltung auch in Personalfragen vorbei. Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier versammelt viermal im Jahr die Staatssekretäre der wichtigsten Ressorts, um internationale Posten gezielt besetzen zu können. Auf den Chefessel beim Weltwährungsfonds hatten die Deutschen vor zwei Jahren bereits mit aller Macht den Ex-Staatssekretär Horst Köhler bugsiiert, nachdem ihr erster Kandidat Caio Koch-Weser durchgefallen war. Künftig soll auch auf höherer Beamtenebene mehr Druck ausgeübt werden, um gute Jobs für Deutsche zu sichern. In Brüssel gebe es eben einen „knallharten Wettbewerb“ um die besten Posten, so ein Teilnehmer der Steinmeier-Runde.

Gezielt analysieren die Staatssekretäre bei ihren Treffen, für welche Posten - etwa bei Weltbank, UNO oder EU - deutsche Kandidaten notfalls auch gegen Konkurrenten protegiert werden sollen.

Der Andrang qualifizierter Beamter für Auslandsposten ist bislang gering - und viele zögern aus guten Gründen. Zahlreiche Rückkehrer mussten bereits erleben, dass ihnen frühere Kollegen die spärlichen Beförderungen weggeschnappt hatten. Auf Druck der Steinmeier-Runde soll darum jetzt die Bundeslaufbahnverordnung geändert werden: Wer im Ausland war, kommt künftig schneller voran. Zehn Jahre habe das Bundesinnenministerium „systematischen Widerstand“ gegen diese Novellierung geleistet, heisst es in der Bundesregierung - dahinter steckten offenbar die Personalchefs der einzelnen Ministerien, die um ihren Einfluss fürchteten.

Auch Nicht-Beamte sollen jetzt gezielt für die Behördenjobs im Ausland gewonnen werden. Die Stabsstelle im Auswärtigen Amt unter Leitung von Botschafter Hoffmann sammelt derzeit freie Stellen und interessierte Bewerber, um Jobs und Köpfe via Internet zusammenzubringen.

Beim Karriereestieg in die Mammutbehörden UNO und EU hilft das Ministerium sogar mit eigenen Repetitorien - gegen 120 Euro Gebühr. (...)

Seit Januar hilft das Auswärtige Amt auch bei der Vorbereitung auf das „*National Competitive Recruitment Exam*“ (NCRE), einem Aufnahmetest der Vereinten Nationen. Diese Prüfung wird nur in Ländern angeboten, die in der Weltorganisation personell unterrepräsentiert sind - neben Deutschland etwa Portugal, Katar oder Tonga.

Die meisten Kandidaten bei den Repetitorien sind Mitte bis Ende 20, haben einen Hochschulabschluss, internationale Erfahrung - und Lust aufs Ausland. „Ich kann mir einfach nicht vorstellen, ein Leben lang in einem Büro in Deutschland zu bleiben“, sagt Christine Lang, 27. Die studierte Historikerin bewirbt sich bei der UNO um einen Job in der Öffentlichkeitsarbeit. Ingo Pittele, 30, hat mal ein Jahr in Chile studiert. Der Volkswirtschaftler wollte „schon längst raus“ und sucht draussen in der Welt eine Arbeit mit einem „sinnvollen Ziel“.

Beim NCRE-Test müssen die Kandidaten vier Stunden auf Englisch oder Französisch analytisches Denken, Wissen über die UNO und das Weltgeschehen unter Beweis stellen („Nennen Sie die drei am meisten von Trockenheit geplagten Regionen der Erde und erklären Sie ihre jeweiligen Probleme!“) Eine mündliche Prüfung kommt hinzu.

Die Amtshilfe der Regierung erfolgt natürlich nicht ohne Hintersinn. „Wir wollen Dolmetscher im deutschen Sinne“, sagt AA-Koordinator Hoffmann. Es gehe um „subtile Kommunikation“ deutscher Interessen.

Dahinter steht die Erfahrung: Wer an einer internationalen Schaltstelle sitzt, kann im Sinne seines Landes viel bewirken. Das Verständnis für deutsche Sonderwünsche, so die Erwartung der Berliner Ministerialen, ist bei Landsleuten besser ausgeprägt als bei Bürokraten mit spanischem oder schwedischem Pass. Ein Beamter deutscher Herkunft vergisst auch in Brüssel nicht, dass das EU-Mitglied Deutschland aus 16 Bundesländern besteht, die eigene Kompetenzen in Europafragen reklamieren.

An der Spitze angekommen, können Deutsche richtig Einfluss nehmen. So hat der Chef des UNO-Umweltprogramms, der frühere Bundesminister Klaus Töpfer, mit deutscher Gründlichkeit erst einmal die Verwaltung der Behörde in Nairobi reformiert.

Strippenzieherei im nationalen Interesse müssen die Deutschen oft noch üben. Erst neuerdings lädt das Kanzleramt gezielt die deutschen Mitglieder der mächtigen Leitungsbüros in der EU-Kommission nach Berlin ein. Dort werden sie, natürlich ganz zwanglos, über die Meinung der Bundesregierung zu Themen wie Osterweiterung oder Verbraucherschutz informiert.

Beim deutschen Nachwuchs ist der neue politische Schub noch nicht richtig angekommen. 500 Prüfungsplätze bieten die Vereinten Nationen in diesem Jahr deutschen Bewerbern an - doch für den zentralen NCRE-Test Anfang dieses Monats in Bonn haben sich gerade 136 geeignete Kandidaten gemeldet.

Dabei kann ein Job am East River weit nach oben führen. 1962 heuerte ein 24-jähriger Betriebswirt aus Ghana als Verwaltungsbeamter bei den Vereinten Nationen an. Heute ist Kofi Annan Generalsekretär, und den Friedensnobelpreis hat er auch.

Der Spiegel, 7/2002

Anlage - RB 112

Bitte bis zum 8. Mai 2002 zurücksenden an:

VDBIO, Postfach 254, CH-1211 Genf 19

TEILNAHMEBESTÄTIGUNG

- a) An der 26. Ordentlichen Mitgliederversammlung am Montag, den 13. Mai 2002, nehme ich teil.

Zu den Punkten 6b (Aussprache über den Bericht und das weitere Aktionsprogramm) und 9 (Verschiedenes) der Tagesordnung schlage ich folgende Themen vor:

.....

Name (Blockschrift):

Organisation:

(Tel. Büro/Privat)

Unterschrift:

Datum:

VOLLMACHT

b) An der 26. Ordentlichen Mitgliederversammlung am Montag, den 13.Mai 2002, nehme ich **nicht** teil.

Das VDBIO-Mitglied ist bevollmächtigt, mich zu vertreten.

Zu den Punkten 6b (Aussprache über den Bericht und das weitere Aktionsprogramm) und 9 (Verschiedenes) der Tagesordnung schlage ich folgende Themen vor:

.....

Name (Blockschrift):

Organisation:

(Tel. Büro/Privat)

Unterschrift:

Datum: